

„Russland“ - Versuch einer Positionsbestimmung aus der Friedensbewegung

von Reiner Braun und Christine Schweitzer

Vorwort

Die dramatischen Ereignisse in der Ukraine haben die Frage: „wie hältst Du es mit Russland?“ erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Die politische Auseinandersetzung um den „Friedenswinter“ wurde besonders in einigen Medien immer wieder auch mit dem Vorwurf des „Russland-Verstehers“ geführt. Einige PolitikerInnen gehen sogar so weit, sich ein militärisches Engagement der EU zum Schutz der Ukraine zu wünschen. Und die NATO drückt mit Manövern in Osteuropa, der Aufstellung einer schnellen "Osteuropa-Eingreiftruppe", an der Deutschland sich maßgeblich beteiligen will, und Ankündigungen ihrer Mitgliedsländer, die Rüstungsetats in den kommenden Jahren zu erhöhen, ihre Bereitschaft aus, 25 Jahre nach der Auflösung des Ostblocks militärische Abschreckung wieder in den Vordergrund zu stellen.

Gründe genug, einmal eine Einschätzung der russischen Politik zu versuchen. **Es geht uns dabei nicht um eine Analyse der Ukraine-Krise, sondern um die Analyse der Militärpolitik eines der Konfliktbeteiligten, Russlands.** Dabei spielen nicht nur die Ukraine, sondern auch weitere außen- und sicherheitspolitische Gesichtspunkte eine Rolle, von der Politik Russlands innerhalb des vormalig sowjetischen Machtbereichs bis zu Russlands Atomwaffen und seiner konventionellen Rüstung.

Dieses Papier ist von den beiden AutorInnen entworfen und auf der Basis von Rückmeldungen aus der Kooperation für den Frieden zwischen Januar und April 2015 überarbeitet worden.

Verantwortet wird es allein und persönlich von den beiden AutorInnen, Reiner Braun und Christine Schweitzer.

Einleitung

Die Frage der Positionierung zur Sowjetunion bzw. seit 1991 zu Russland (ohne behaupten zu wollen, dass Russland mit der UdSSR gleichzusetzen sei) ist keine neue. Seit der Gründung der Sowjetunion begleitet sie die Friedensbewegungen – teilweise von außen als Verdacht geäußert, man würde "die Sache des Feindes betreiben", teilweise im Kontext der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Spektren in den Bewegungen selbst entstehend. Besondere Höhepunkte erfuhr die Debatte, als die Staaten des Warschauer Pakts 1968 in der Tschechoslowakei einmarschierten, um den „Prager Frühling“, eine frühe Demokratisierungsbewegung, gewaltsam zu beenden, und angesichts der sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen (SS-20) in den 1980er Jahren.

Allerdings fanden all diese Diskussionen in den Parametern der unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme statt, und es waren in erster Linie diejenigen im Westen, die dem Sozialismus sowjetischer Prägung nahestanden, die keine Kritik an der Sowjetunion zulassen wollten. Heute ist Russland ein kapitalistisches Land mit einer formalen Demokratie, die aber deutlich totalitäre Züge trägt. Ungeachtet dessen haben manche der alten Argumentationsmuster und auch die Trennlinien innerhalb der westlichen Bewegung „überlebt“.

Wir stehen also vor keiner neuen Frage. Und auch heute geht es nicht um eine politische Vereinheitlichung unterschiedlicher Positionen, sondern um einen Beitrag zu einer solidarischen Diskussion.

Die folgende Aufzählung von Aspekten benennt Gesichtspunkte, die für die Debatte über die Rolle Russlands und seine Politik von Bedeutung sind. Nicht alle mögen in dieser Schärfe von allen in der Friedensbewegung geteilt werden. Danach kommen wir dann auf die unterschiedliche politische Bewertung des Verhaltens Russlands, auch in Bezug auf die Ukraine, ausdrücklich zu sprechen.

Aspekte

1. Der Westen hat auch nach dem Ende des Ost-West Konfliktes das Feindbild „Sowjetunion/Russland“ nicht vollständig aufgegeben. Insbesondere in den USA wurde eine neue Konfrontation mit Russland von SicherheitsexpertInnen und der Politik nie ausgeschlossen – teilweise stritt man nur darum, ob eher China oder eher Russland der neue große Feind sein werde. Beinahe folgerichtig verstieß der Westen immer wieder gegen den Geist und Buchstaben vertraglicher und mündlicher Vereinbarungen, die in der Zeit kurz nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion mit der UdSSR/Russland getroffen wurden. Dazu gehört besonders der Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung bis an die russische Grenze, die Russland als eine militärische Einkreisungspolitik verstehen musste. In der Charta von Paris von 1990 verpflichteten sich die Staaten Ost- und Westeuropas, die Sowjetunion, die USA und Kanada zu Demokratie und einem friedlichen Miteinander. Die Schwäche Russlands in der Zeit von Präsident Jelzin in den 1990er Jahren wurde in der westlichen Außenpolitik systematisch ausgenutzt, die Osterweiterungen von NATO und EU voranzutreiben; über Einwände Russlands gegen westliche Politik (z.B. in der Zeit der Kriege im ehemaligen Jugoslawien) setzte man sich bedenkenlos hinweg. (Damit soll nicht das Recht der mittel- und osteuropäischen Staaten bestritten werden, selbst über ihre außenpolitische Ausrichtung zu entscheiden. Aber es war die Entscheidung der „alten NATO“, sie zu einer Mitgliedschaft zu ermutigen und dann aufzunehmen. Mögliche Alternativen, z. B. eine Stärkung der KSZE/OSZE, wurden ausgegrenzt.) Die NATO sah sich als Gewinnerin des Kalten Krieges, und der Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" wurde als Ergebnis der eigenen offensiven Aufrüstung („Totrüstungen“) gefeiert. Der jahrzehntelange Hoffnung praktisch aller US-Regierungen, die USA zur einzigen Supermacht zu machen, schien man einen Schritt näher gerückt. Folgerichtig löste sich die NATO nicht auf, sondern schuf lediglich einen NATO-Russland-Rat zur Abstimmung mit Russland (NATO-Russland-Grundakte von 1997) im Rahmen des NATO-Partnerschaftsprogramms. Weitergehende alternative Friedenskonzepte auf der Basis gemeinsamer Sicherheit, des Gorbatschow'schen „gemeinsamen Hauses Europa“, wurden verworfen. Die NATO erweiterte sich von 16 Mitgliedern (1989) auf heute 28, zu denen sechs Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Rumänien, Bulgarien) gehören, die zuvor dem Warschauer Pakt angehörten, und mit den baltischen Staaten drei frühere Sowjetrepubliken. Die russischen Überlegungen einer gemeinsamen Raketenabwehr in Azerbeidjan, die sicher nicht die Unterstützung der Friedensbewegung gefunden hätten, wurden abgelehnt. Stattdessen bildeten Modernisierung von Atomwaffen und die Modernisierung der Armeen der neuen NATO-Partner die Grundlage einer in Russlands politischen Elite und in weiten Teilen der Bevölkerung empfundenen westlichen Bedrohung.
2. Die einheitlich von allen westlichen Regierungen getragene NATO-Osterweiterung soll nicht vergessen machen, dass es innerhalb der NATO unterschiedliche ökonomische und politische Interessen gegenüber Russland gab und gibt. Die Eindämmungspolitik gegenüber Russland (einschließlich der Errichtung von Militärbasen) ist besonders in den USA niemals aufgegeben worden. In Westeuropa bestehen hingegen traditionell enge wirtschaftliche Bindungen an den russischen Raum. So auch in Deutschland: Die deutsche Politik kann vielleicht am besten als „kooperative Konfrontation“ zusammengefasst werden. Ökonomisch profitierten in Deutschland die Eliten seit Jahrzehnten von der Kooperation und dem Handel mit der Sowjetunion und Russland. Auf politischer Ebene überwog in

unterschiedlichen Regierungen und Regierungsperioden einmal die Kooperation und einmal die Konfrontation.

Unterschiede zwischen (west-)europäischer und US-amerikanischer Politik wurden auch anlässlich der Ukraine-Krise deutlich. Während die WesteuropäerInnen, insbesondere Frankreich und Deutschland, sich um eine Verhandlungslösung bemühten, haben die USA (und die osteuropäischen NATO-Staaten) auf Aufrüstung gesetzt; die USA liefern inzwischen auch Waffen an die Ukraine.

3. Ganz andere Erfahrungen als die Westeuropas prägen die meisten Länder Osteuropas und des Baltikums, die ein erneutes Erstarken Russlands und eine militärgestützte Expansion fürchten. Die unter (5) angesprochene Politik Russlands in dem, was es als den „eigenen Hinterhof“ versteht, und die Spannungen zwischen Balten und der russischen Minderheit in ihren Ländern haben hier auch schon vor der Eskalation in der Ukraine zu Besorgnis geführt. In NATO wie EU sind es diese osteuropäischen Staaten, die eine harte Linie gegenüber Russland befürworten und Sicherheitsgarantien auch militärischer Art einfordern. Historisch erklärliche Vorbehalte gegenüber Russland besonders aus Polen und den baltischen Staaten werden von der NATO aber auch instrumentalisiert, um sowieso geplante Rüstungsvorhaben wie z.B. die Modernisierung der Atomwaffen voranzutreiben.
4. Russlands Sicherheitspolitik ist nicht zu verstehen ohne die traumatischen Erfahrungen der Überfälle Frankreichs unter Napoleon und Deutschlands unter Hitler – der sog. „Große Vaterländische Krieg“ hat in der Sowjetunion 27 Millionen Tote und massivste Zerstörungen hinterlassen. Ein „nie wieder“ ist ein verbindendes Element des politischen Verständnisses, das Eliten und die Bevölkerung Russlands teilen. Dabei wird in der russischen Diskussion allerdings meist ausgespart, dass die Sowjetunion unter Stalin sich zuvor mit Deutschland verbündet hatte. Eine wirkliche Aufarbeitung der Zeit von Stalinismus und Nationalsozialismus hat in der Sowjetunion/Russland nie stattgefunden. (Ebensowenig in der Ukraine und den anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks.)
5. Eine besondere Bedeutung für Russlands Sicherheitspolitik hat das sogenannte „nahe Ausland“, die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion, in denen (auch) Menschen russischer Nationalität leben. Hier behauptet Russland, eigene Sicherheitsinteressen zu haben. Nach einer ersten Welle von Unabhängigkeitserklärungen von Ländern aus dem sowjetischen Raum hat Russland versucht, jegliche weitere Sezession aus der Russischen Föderation auch mit militärischer Gewalt zu verhindern (Tschetschenien, Inguschetschien, ...) Seit einigen Jahren werden, auch aus den engsten Kreisen um Putin und von Putin selbst, Äußerungen gehört, die eine revisionistische Politik und die Sicherung eines eigenen Machtraums notfalls auch mit militärischen Mitteln als Politikziele formulieren. Das gegenwärtige militärische Engagement in den Konflikten in Transnistrien und Georgien (Südossetien und Abchasien) sind ebenfalls Ausdruck davon. In diesen Quasi-Republiken nutzte Russland die (völkerrechtlich konforme) Stationierung seiner Truppen als Peacekeeper, um diese Gebiete seinem Machtbereich wiedereinzugliedern. Beide vormalig georgischen Provinzen – von Russland nach dem Versuch Georgiens, Südossetien militärisch zurückzuerobern, 2008 als "unabhängige Staaten" diplomatisch anerkannt - sind gegenwärtig im praktischen Sinne viel mehr Teil Russlands als Georgiens. Die Berufung durch Russland auf den "Präzedenzfall Kosovo", wo der Westen einseitig eine Unabhängigwerdung zuließ, ist dabei bestenfalls eine argumentative Waffe im Streit mit dem Westen, aber völkerrechtlich nicht von Relevanz.
6. Die russischen Rüstungsausgaben sind seit 2004 kontinuierlich gewachsen und stiegen, in Rubel gerechnet, von 2013 auf 2014 um 8,1 Prozent an (obwohl aufgrund der Rubelschwäche die absolute Summe in USD bei 84,5 Mill. blieb). Russland ist Spitzenreiter in Europa und liegt weltweit seit Jahren hinter den USA (610 Milliarden, 2013 waren es noch 640 Mill.) und China mit 216 Milliarden (2013: 191 Mill.) an dritter Stelle. Für 2015 sagt das

schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI eine weitere Erhöhung um 15% voraus. Bei den Atomwaffen hat Russland seine Abrüstungsverpflichtungen aus „START“ und "New START" bislang erfüllt. In letzterem Vertrag haben sich Russland und die USA verpflichtet, die Zahl ihrer strategischen Atomwaffen je auf 1.550 Stück zu reduzieren. Diesem Ziel kommen die Länder SIPRI zufolge näher. Allerdings: Die USA und Großbritannien planen eine Modernisierung ihrer Atomwaffen. Und in jüngster Zeit wurde von russischen Medien berichtet, dass eine neue Generation von seegestützten (also nicht unter den INF-Vertrag fallenden) Cruise Missiles in Bau sei, die eine Reichweite von über 1.500 km haben und damit als strategische Waffen gewertet werden können. Diese Ankündigung wurde als Antwort auf die Bedrohung aus den USA bzw. der NATO präsentiert. Vorbereitet wurde sie, als die NATO ihren umstrittenen „Raketenschirm“ in Polen und Tschechien installierte und die USA den KSE-Vertrag einseitig aufkündigten. Eine neue Runde des Wettrüstens deutet sich an.

Russlands Rüstungsexporte sind sehr hoch, belasten die Länder des Südens finanziell schwer und sind kriegs- und konfliktverschärfend. 2013 war Russland mit 15,7 Milliarden US-Dollar der zweitgrößte Waffenexporteur – wieder nach den USA. Der Anteil der USA am globalen Rüstungsexportmarkt beträgt 39%, der Russlands 14%.

7. Die Außenpolitik Russlands in jüngster Zeit lässt sich mit folgenden Sichtworten umreißen:
 - Die Schaffung der neuen Wirtschaftsunion (Eurasische Union) mit Belarus, Kasachstan und jetzt auch Armenien ist ein Versuch, ein wirtschaftliches Gegengewicht zur EU zu schaffen und gleichzeitig die politischen Partner auch wirtschaftlich an sich zu binden. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist die Visafreiheit der meisten BürgerInnen der ehemaligen Sowjetrepubliken (mit Ausnahme des Baltikums), die zu einer hohen Zahl von ArbeitsmigrantInnen aus diesen Ländern nach Russland geführt hat.
 - Es findet eine Annäherung Russlands an China mit dem Bestreben statt, auf diese Weise die ökonomischen Einbußen aus dem aufgrund der Sanktionen zurückgehenden Handels mit dem Westen auszugleichen. Darüber hinaus kann aber auch ein Sicherheitsinteresse vermutet werden: China ist die dritte Großmacht: wer China als Partner gewinnt, hat eindeutige Vorteile gegenüber dem Dritten. Auch an die Türkei hat in jüngerer Zeit eine erneute Annäherung stattgefunden.
 - In den letzten Jahren nahm Russland gelegentlich eine diplomatische Oppositionsrolle in internationalen Organisationen und Begegnungen ein, sehr im Stile des alten Ost-West-Konflikts. Das Verhalten Russlands im Sicherheitsrat zu Syrien 2011/2012 ist das jüngste, aber nicht einzige Beispiel hierfür. Syrien unter Assad war für Russland ein wichtiger Partner bei Rüstungsexporten, und Russland unterhält in Tarsus seinen einzigen Tiefwasserhafen im Mittelmeer. Andererseits hat Russland bei anderen Gelegenheiten in jüngerer Zeit eine konstruktive Rolle gespielt, z.B. bei der Vernichtung der syrischen Giftgasvorräte und bei den Nuklearverhandlungen mit dem Iran.

8. Die Charakterisierung der russischen Sicherheits- und Außenpolitik ist von vielen Faktoren abhängig, u.a. historischen und sozialen Entwicklungen, gesellschaftlichen Kräftekonstellationen etc. Sie ist aber auch nicht zu trennen von dem Charakter des Gesellschaftssystems.

Die russischen Eliten und die Bevölkerung Russlands haben den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Einführung eines durch keinerlei soziale Gesetze gehemmten Kapitalismus, entstanden in einem historisch kurzen Prozess durch weitgehende räuberische Aneignung ehemaligen Staatseigentums und basierend auf Extraktivismus, nur teilweise akzeptiert. Die Schere zwischen arm und reich entwickelte sich schnell und extrem, obwohl in den letzten zehn Jahren allgemein der Lebensstandard aufgrund der steigenden Gas- und Erdölpreise gestiegen war; Oligarchenwesen, Vetternwirtschaft und Korruption stellen Wesensmerkmale einer nur formal vollzogenen Demokratisierung dar. Unterdrückung unabhängiger Opposition durch Einsatz von Polizei, Sicherheitskräften und Geheimdiensten,

ein Justizwesen, das weitgehend von der Politik abhängig ist, die engen Verbindungen zwischen Staat und orthodoxer Kirche sind weitere Faktoren des „Systems Putin“. (Die hier angesprochenen Elemente sind natürlich auch in vielen anderen Ländern zu finden – Korruption und Vetternwirtschaft gibt es nicht nur auch in der Ukraine, sondern ist weltweit verbreitet; eine auf Extraktivismus basierende Wirtschaft ist Merkmal vieler Staaten der Ersten wie der sog. Dritten Welt, usw.).

9. Es gibt in Russland eine– teilweise noch aus der Zeit der Sowjetunion datierende, teilweise in den 1990er oder erst in den letzten zehn Jahren entstandene – aktive zivilgesellschaftlich-demokratische Opposition. Dazu gehören Menschenrechtsgruppen wie Memorial, die Bewegung der Soldatenmütter, Kriegsdienstverweigerer und Andere. Sie sind ebenso wie unabhängige Presseorgane der Repression der Regierung ausgesetzt, die von willkürlichen Verhaftungen und Haftstrafen bis zu politischen Morden reicht. Bei den Demonstrationen gegen Putin treten allerdings auch nationalistisch-rechtspopulistische Strömungen in Erscheinung, wobei ein anderer Teil der Rechten zu den Unterstützern Putins gehört.

Bewertungen

Die Bewertung der Politik Russlands ist in der deutschen Friedensbewegung unterschiedlich. Die einen sehen Russlands Politik als eine reaktive geostrategische Politik der Sicherung des eigenen Einflussbereiches gegen eine weitere Expansion der NATO. Sie weisen darauf hin, dass politische Alternativen durch Russland formuliert, z.B. eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa (Medwedjew) oder ein Europa gemeinsamer Sicherheit (Putin), vom Westen aber verworfen oder abgelehnt worden seien. Die Vorschläge Putins für eine multipolare Weltordnung auf Basis der UN Charta und des Völkerrechts (siehe seine Rede auf der Sicherheitskonferenz 2007) seien niemals ernsthaft geprüft worden. Russland wolle auf Augenhöhe ernst genommen werden, Unvernunft und politischer Triumphalismus des Westens hätten krisenverschärfend und vertrauenszerstörend gewirkt. Aus dieser Sicht ist Russlands Militärdoktrin defensiv orientiert, aber „kriegs-offen“ im Sinne der Verteidigung von Russlands Interessen. Russlands Sicherheitspolitik sei also sicher keine Friedenspolitik im Verständnis der Friedensbewegung als Absage an Krieg und Konfrontation, aber verständlich und nachvollziehbar. Das Problem wird in dieser Sichtweise vorrangig oder alleinig im Westen gesehen, der versuche, durch einen von ihm organisierten „Putsch“ in der Ukraine Russland unter Druck zu setzen.

Für die anderen betreibt Russland innerhalb der von ihm definierten Interessenssphäre (was vor allem die Nachbarländer sind) eine aggressive und militärgestützte Politik. Seine Rüstungsanstrengungen und -vorhaben seien ebenso abzulehnen wie die der NATO. Die Friedensbewegung sollte sich genauso in Opposition zur NATO wie zu Russland und dessen Verbündeten einordnen. Russische Rüstungsexporte, das Beibehalten und der Ausbau seiner Atomwaffen, seine Menschenrechtsverletzungen gegenüber der eigenen Bevölkerung gelte es genauso anzuklagen wie ihr Spiegelbild innerhalb der NATO.

Für beide idealtypischen Positionen (zwischen denen es natürlich verschiedene Abstufungen gibt), gilt: Eine alternative Friedenspolitik wäre eine Politik der Verständigung, der Verhandlungen und des Ausgleichs. Lösungen für alle diese Konflikte können aus friedensbewegter Sicht nur im Rahmen von Verhandlungen unter Einbeziehung übergreifender Institutionen wie der OSZE oder dem Europarat gefunden werden.

Zur Bewertung der Ukraine-Krise

Hier spiegeln sich die oben beschriebenen unterschiedlichen Bewertungen der Politik Russlands. Einigkeit besteht darin, dass der Konflikt und der Krieg in der Ukraine ohne die Osterweiterung

der NATO und den Aufstand auf dem Maidan nicht zu erklären sind. Eine Westintegration ohne Abstimmung, ohne Berücksichtigung der verschiedenen ökonomischen, politischen, sozialen, regionalen Interessen auch im Lande selber kann nur zu Konflikten führen. Nationalistische Stimmungen auf allen Seiten sind krisenverschärfend, die Rolle rechtsradikaler Organisationen und ihre Akzeptanz förderten und fördern keinen Dialog. Gemeinsame Sicherheit ist auch immer die Sicherheit der anderen Seite. Dagegen hat der Westen politisch über lange Zeit verstoßen.

Für den Westen ist die Ukraine sowohl geopolitisch in Bezug auf Russland (Erweiterung der eigenen Einflussosphäre), als Durchgangsweg von russischem Erdgas und zumindest potenziell auch ökonomisch, als Billiglohnland, Produzent eigenen Gases und Importeur westlicher Güter interessant.

Zwischen der Ukraine und Russland bestand eine gegenseitige Abhängigkeit: Russland war Hauptabnehmer von Industriegütern aus der Ukraine (während in die EU vorwiegend Rohstoffe exportiert werden), und die Ukraine bezieht ihr Erdgas aus Russland. Zu den für Russland wichtigen Industrieanlagen gehörten auch Fabriken, in denen Teile für Russlands Atomraketen produziert wurden. Damit ist Russlands Interesse an der Ukraine wirtschaftlicher und auch militärischer Natur und nicht nur auf die Marinebasis auf der Krim am Schwarzen Meer beschränkt. Zum zweiten ist die Ukraine mit ihrer langen gemeinsamen Grenze zu Russland von strategischer Bedeutung für Russland – als Vorfeld und Puffer zu den Staaten, die sich nach 1991 der EU und NATO angeschlossen haben. Und zum dritten sind die BürgerInnen beider Länder eng verbunden (gewesen), besonders aber nicht nur in der Ostukraine– Russisch ist die Muttersprache vieler UkrainerInnen, beinahe unabhängig davon, ob Menschen sich in Volkszählungen als ethnische UkrainerInnen oder RussInnen bezeichneten.

Unterschiedliche Positionen gibt es gegenüber dem Aufstand in der Ukraine 2013-2014. Für die einen war es – entsprechend der Lesart, wie sie auch von den russischen Medien präsentiert wird – ein vom Westen betriebener und finanzierter Putsch gegen eine legitime, wenngleich korrupte Regierung. Die Beteiligung rechtsextremer Kreise an dem Umsturz und an der Übergangsregierung wird entsprechend betont. Für die Anderen war der Euromaidan eine legitime Aufstandsbewegung, deren Ursachen vorrangig in der Korruption und dem Oligarchentum der Ukraine zu suchen seien. Die Unterstützung der demokratischen Kräfte durch westliche Sponsoren dürfe nicht mit einer Steuerung von außen verwechselt werden. Die Beteiligung rechtsextremer Kreise dürfe nicht überbewertet werden, und es wird auch darauf hingewiesen, dass zumindest Teile der Rebellen in der Ostukraine und auch das System Putin selbst nicht jenseits rechtsextremer Tendenzen seien.

Aus dieser Sicht war die Integration (Annexion) der Krim in die Russische Föderation, die nach Ansicht der meisten BeobachterInnen wohl auf mehrheitliche Unterstützung der dortigen Bevölkerung trifft, auch wenn die Zahlen des Referendums unglaubwürdig sind, völkerrechtlich mehr als fragwürdig, auch wenn sie nicht die erste einseitige Grenzänderung (Kosovo, Abchasien usw.) nach dem Ende des Kalten Krieges war. (Allerdings ist der Kosovo nicht wirklich ein Präzedenzfall, da dieser nicht wie die Krim einem anderen Staat angeschlossen, sondern unabhängig wurde.) Für die anderen ist der Herrschaftswechsel auf der Krim ein freiwilliger Anschluss an Russland, der den breiten Mehrheitswillen der Bevölkerung widerspiegelte.

Was den Krieg in der Ostukraine (Donbass) betrifft, so gibt es in der deutschen Friedensbewegung Unterschiede in der Betonung der Rolle Russlands, bis hin zur Übernahme der russischen Version einer Nichtbeteiligung Russlands an dem Bürgerkrieg. Die offizielle ukrainische Sicht, der zufolge der Krieg allein auf eine Aggression Russlands zurückginge und die Aufständischen „Terroristen“ seien, wird hingegen von praktisch allen in der Friedensbewegung in Zweifel gezogen.

Schlussgedanken

Eine Friedenspolitik als partizipatorische freiheitliche Politik selbstbestimmter Menschen sieht anders aus als die Politik, die Russland derzeit betreibt. Für die Friedensbewegung ist die Demokratie die „Luft zum Atmen“, deswegen verteidigen wir sie in unserem Lande und fordern sie weltweit. Mit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition, ihrer Rolle in der Gesellschaft, ihren Worten und Taten darf sich die herrschende Politik nur geistig und argumentativ auseinandersetzen, niemals administrativ und unterdrückend – diese Anforderung gilt bei uns und überall. Aktive BürgerInnen und Zivilgesellschaften sind auch ein Unterpfand für eine friedlichere Entwicklung einer Gesellschaft und müssen Achtung finden. Wenn oppositionelle Kräfte aber instrumentalisiert werden, um einen Umsturz zugunsten eines genehmeren Regimes zu bewerkstelligen (s. Sturz von Allende in Chile), muss dies politisch offengelegt und bekämpft werden.

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehören auch immer freie und unabhängige Medien. Wir wissen, wie weit wir davon in unserem Lande entfernt sind, deswegen unterstützen wir erst recht unabhängige Medien auch in Russland und wenden uns gegen jede Form der Zensur.

Die äußere Übereinstimmung von Äußerungen russischer PolitikerInnen mit Positionen aus der Friedensbewegung kommt aus sich teilweise überlappenden Anliegen:

- Gegnerschaft zur NATO. Dabei ist die NATO-Kritik der Friedensbewegung viel umfassender und nicht interessens-, sondern friedensgeleitet.
- Politik der Entspannung, prinzipiell bei der Friedensbewegung, interessensgeleitet bei Russland.
- Forderung nach Abrüstung: Russland fürchtet einen neuen Rüstungswettlauf.
- Die russische Außenpolitik setzt(e) stark auf kooperative Formen. Dies galt besonders für die Zeit bis 2012, aber der neue Vorschlag Putins einer Wirtschafts- und Sicherheitszone von Lissabon bis Wladiwostok knüpft da wieder an.
- Die Vereinten Nationen, die OSZE und der Europarat - und nicht die expansive und von geostrategischen Interessen bestimmte NATO - als die Organisationen, in deren Rahmen die Konflikte bearbeitet werden sollen. Besonders OSZE und Europarat haben in der Ukraine-Krise eine positive Rolle gespielt und haben das Potenzial, noch viel mehr zu leisten.

Frieden in Europa – so formuliert in dem Aufruf der 60 prominenten Persönlichkeiten zur Ukraine-Krise – ist untrennbar mit kooperativen Beziehungen zu Russland verbunden. Sanktionen schaden allen Seiten. Angesichts der tiefen Vertrauenskrise, die zurzeit besteht, liegt darin eine große Herausforderung auch für die Friedensbewegung. Ohne eine Politik der gemeinsamen Sicherheit, der Achtung des anderen, werden wir von einer Krise zur nächsten schlittern, und auch ein großer Krieg in Europa bleibt eine aktuelle Gefahr.

Die vorhandenen Konflikte, wie sie nicht nur in der Ukraine bestehen, müssen überall und unabhängig von den Interessen der jeweiligen internationalen "Schutzherren" ohne Gewaltanwendung bearbeitet werden. Zivile Konfliktbearbeitung bietet dazu viele Ansätze. Dazu gehören Dialogformaten auf allen Ebenen und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaften und die Etablierung von Minderheitengesetzgebungen. Dazu gehören auch langfristige Ansätze der Friedensbildung und Beschäftigung mit der unaufgearbeiteten Vergangenheit, die mindestens bis in die 1930er Jahre (Nationalsozialismus/Faschismus, Stalinismus) zurückreicht, um vorhandene Vorurteile und Ressentiments zu überwinden. Für die Friedensbewegung stellen sich u.a. folgende Fragen: Mit welchen russischen Friedensorganisationen können wir zusammenarbeiten? Welche russischen Medien unterstützen Friedensprozesse? Welche PartnerInnen gibt es in der Ukraine, mit denen wir zusammenarbeiten können? Welche unabhängigen ukrainischen Medien gibt es? Wie können wir die große Zahl an Kriegsdienstverweigerern und -vermeidern in der Ukraine unterstützen? Was können wir tun, dass Minsk II zu einem wirklichen Friedensprozess führt? Welche Vorschläge und Forderungen können wir an unsere Regierungen richten (z.B. Aufhebung der Sanktionen gegen Russland,

Stopp von Waffenlieferungen usw.)? Gibt es Dinge, die wir als Zivilgesellschaft in die eigenen Hände nehmen können? All diese und weitere Vorschläge sind anderenorts ausgearbeitet worden (siehe z.B. die Arbeit der Arbeitsgruppe Ukraine der Kooperation für den Frieden).

Es geht um den Frieden in der Ukraine, aber auch um viel mehr: um eine neue Entspannungspolitik, um Abrüstung und die Überwindung von Krieg. Gut nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland sind im Interesse unseres Landes und ganz Europas.

Fazit aus Sicht der Friedensbewegung: Die Friedensbewegung formuliert ihre Aussagen gegen den Krieg und für Frieden und Abrüstung unabhängig von Regierungen, Parteien und sonstigen Institutionen, demokratisch, basisnah und partizipativ.

Der Text wurde am 1. Juni 2015 fertiggestellt.